

DIE SIMEP IST ERÖFFNET!

Wir sind Europa. Wir machen Politik.

Am 22./23.02.2019 versammelten sich viele politisch interessierte Schüler*innen im Berliner Abgeordnetenhaus, um bei der 20. SIMEP, eine Simulation des Europäischen Parlaments, über politisch aktuelle Themen diskutieren zu können, wobei vor allem der Umweltschutz und der Brexit, sowie die damit zusammenhängende Zukunft Europas (EU27) im Vordergrund standen. Die Junge Europäische Bewegung eröffnete die Veranstaltung und organisierte diese. Eine Rede des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Ralf Wieland bildete mit einer Videobotschaft der Bundeskanzlerin Angela Merkel eine interessante Begrüßung. Auch die Bundesumweltministerin Svenja Schulze hielt eine gelungene Rede, die zu einer regen Fragerunde anregte. Danach traten die Teilnehmer*innen als Abgeordnete in den Ländergruppen und später in Fraktionen zusammen. Bei welchen sie mit Politiker*innen des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses diskutierten und sich eine Position bildeten. Dies diente als Vorbereitung auf eine impulsive Debatte im Plenum mit einer Schlussabstimmung am nächsten Tag.

Ann Marie Fuhlroth & Julia Kösterke
Unterstützt durch:

Abgeordnetenhaus BERLIN



© Christine Mitru

“Wir müssen wieder besser werden”

In diesem kurzen Interview beantwortet die Bundesumweltministerin Svenja Schulze Fragen rund um das Thema Umweltschutz.

Sie haben häufiger gesagt, dass Deutschland international eine Vorreiterrolle einnimmt im Umweltschutz. Denken Sie, das gelingt uns zurzeit?

Nein. Wir sind zurzeit nicht an der Spitze, das waren wir früher mal, zurzeit sind wir das nicht, und wir müssen da wieder besser werden weil wir haben auch eine internationale Verantwortung: Wir sind das Land der Techniker, wir haben unglaubliches Ingenieurs-Know-How, und damit können wir viele Fragen technisch lösen. Und diese technischen Lösungen müssen wir aber auch entwickeln und müssen sie auch der Welt zur Verfügung stellen, ansonsten werden wir die ganzen Probleme, die wir haben, nicht lösen, und deswegen glaube ich, dass wir da eine große Verantwortung haben, die wir wahrnehmen müssen.

Wer oder was ist denn verantwortlich dafür, dass es auch auf der



© Christine Mitru

EU-Ebene, nicht nur in Deutschland, nicht so gut vorangeht mit dem Umweltschutz?

Naja, erstmal sind alle

Regierungen der EU dafür verantwortlich, weil wir tragen diese EU ja gemeinsam, und es ist gar nicht so einfach,



© Christine Mitru

Klimaschutz zwischen all diesen Staaten, 28 ja im Moment noch, miteinander zu vereinbaren. Da gibt es Vorreiter, welche, die schneller vorangehen, und welche, die eben langsamer sind, die ganz andere Entwicklungen haben, und deswegen ist es gar nicht so einfach, das alles zusammenzubinden. Aber wenn man sich das insgesamt anschaut, welche Ziele wir uns gesetzt haben und welche Regeln wir alle schon haben, dann sind wir gut, wir sind deutlich besser als viele, viele andere Regionen auf der Erde.

Wie kann man das LIFE Projekt noch verbessern?

LIFE ist ein wirklich gutes Projekt, aber es ist sehr, sehr klein, und wir brauchen einfach mehr Geld für den Naturschutz, auch von der europäischen Ebene. Wir haben wirklich ganz heftige Probleme, wir haben 70% der Insekten verloren und das geht immer weiter, wir verlieren die Feldvögel, wir verlieren an biologischer Vielfalt. Und deswegen würde ich mir wünschen, dass die EU ausgibt, dass das nicht nur die einzelnen Staaten machen, sondern dass auch europäisch noch mehr passiert.

Warum setzen Sie persönlich sich denn für den Umweltschutz ein? Mehr für die Umwelt oder auch für den Menschen?

Naja, es ist beides. Tiere haben mich wahnsinnig fasziniert, ich wollte unbedingt Meeresbiologin werden, mit Walen tauchen und die Vielfalt im Meer genauer erforschen. Das bin ich dann nicht geworden, aber das hat mich schon als Kind fasziniert. Und als Sozialdemokratin bewegt mich natürlich das Zusammenspiel von Umwelt, Naturschutz, mit den Menschen. Wie kriegen wir das so hin, dass wir die Menschen auch dafür gewinnen, dass wir das in Ausgleich miteinander bringen, wie

wir hier produzieren, wie wir leben, und wie wir mit unserer Umwelt umgehen, also im klassischen Sinne nachhaltig zu arbeiten? Soziale, wirtschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit, das ist ein Ziel für mich.

Von Sam Franken

Brexit - verheerende Auswirkungen oder neue Chancen?

Dass das Vereinigte Königreich die Europäische Union verlässt, ist mittlerweile das Thema, das die Welt beschäftigt. Doch nicht jeder hat die Zeit, um Vor- und Nachteile abzuwägen. Wie sehen diese nun aus?

Nach der Volksabstimmung 2016 gab es immer wieder große Diskussionen über den Brexit und wie der Ausstieg aus der EU verlaufen soll. In knapp einem Monat, am 29. März 2019, endet die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union. Wenn man sich bis dahin nicht auf ein Austrittsabkommen geeinigt hat, wird es zu größeren Störungen des Wirtschaftsverkehrs zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU kommen. Über 40% der Dienstleistungen und der britischen Exporte an Waren gehen an andere Länder der Europäischen Union, und besonders die Banken im Londoner Finanzviertel profitieren davon sehr stark. Im Finanzsektor der EU wird etwa ein Drittel der Großkundengeschäfts im Vereinigten Königreich abgewickelt, was mehr ist als in Italien, Deutschland und Frankreich zusammen. Deshalb fürchten die Londoner Banken den Brexit sehr.

Doch natürlich gibt es auch positive Aspekte des Brexits. Für die Briten ist das wichtigste Argument für einen Austritt aus der EU, dass sie Kontrolle über ihre Grenzen haben. Durch die momentane Situation ist das Vereinigte Königreich eingeschränkt



© Lisa Rahm, OÖZ

und darf EU-Bürgern die Einreise und das Arbeiten nicht verweigern. Zudem ist für viele britische Bürger der Brexit ein Zeichen der Demokratie: Sie selbst beschlossen in Freiheit und Selbstbestimmung, die EU zu verlassen.

Ebenfalls möchten einige Briten mehr selbst bestimmen, was auch die Gesetze betrifft - EU-Gegner wollen daher ihre eigenen Richtlinien festlegen.

Schlussendlich kann man sagen, dass der Brexit ein heikles Thema darstellt und eine Zwiespalt von britischen EU-Befürwortern und EU-Gegnern auf die misslungene Wahlsituation zurückzuführen ist. Daher: Nutzt eure Stimme!

Von Helene Krück und Nhi Nhi Mai

Fridays for Future Schüler gegen den Klimawandel!

Wenn Erwachsene von Schulschwänzen hören, schütteln sie nur den Kopf. Doch bei den sogenannten „Fridays for Future“ geht es nicht um den Protest gegen das Lernen, sondern gegen den Klimawandel und andere Umweltprobleme.

Erstmals veranstaltete Greta Thunberg, eine 16-Jährige Schülerin aus Schweden, am 20. August 2018 nach der großen Hitze- und Dürrewelle ihren Streik - die schwedische Regierung sollte sich mehr für den Klimaschutz einsetzen. Ihr Handeln fand viel Anklang und schon bald wurde sie durch Social Media, Fernsehen und Internet zu einem internationalen Vorbild. Und auch ihre Krankheit, das Asperger-Syndrom, hinderte sie nicht daran zu streiken, sondern ermutigte sie dazu noch härter gegen die Erderwärmung vorzugehen. Durch das Asperger-Syndrom hat Greta ihre ganz eigene Sichtweise auf die Welt und hat im Laufe der Zeit ein besonderes Interesse für den Klimaschutz und die Umwelt

entwickelt. Mittlerweile streiken Tausende Schüler weltweit wie Greta es tut und es wird nicht weniger: Mit Parolen, Schildern und der Willensstärke kämpfen sie für eine bessere Welt wie beispielsweise am 25. Januar 2019 mit 5000 Schülern und Studenten.

Doch was steckt dahinter? Schülerinnen und Schüler schwänzen freitags die Schule, um nicht dem Unterricht zu entgehen, sondern Politiker darauf aufmerksam zu machen, sich an alle Komponente des Pariser Klimaabkommens zu halten.

Dennoch sind nicht nur positive Rückmeldungen der Fall: Aus konservativen Kreisen hagelt es nur so vor Kritik. Sie sind der Meinung, dass das Schulschwänzen nicht toleriert werden soll und Schüler auch auf andere Art und Weise auf den Klimawandel aufmerksam könnten.

Aber für sie könnte es nicht radikaler sein - nur durch das konsequente Schulschwänzen am Freitag können sie genug Aufmerksamkeit erwecken.

Letztlich sind „Fridays for Future“ in der Öffentlichkeit hoch umstritten und jeder muss selbst für sich entscheiden, ob er die Aktionen unterstützen möchte oder nicht, allerdings kann man davon ausgehen, dass mit der Zeit mehr und mehr Schüler an den Demonstrationen teilnehmen werden.

Von Helene Krück und Nhi Nhi Mai

Klimawende

Ein Kommentar

So richtig kommt die Energiewende in Deutschland momentan nicht vom Fleck. Die anhaltende Förderung von Braunkohle und der voraussichtliche Misserfolg im Erreichen der Atomausstiegsziele 2020, tragen nicht unbedingt zu Verbesserung



der Situation bei. Die Ignoranz und Ahnungslosigkeit von Politikern, Bürgern und profitorientierten Energiemogulen, trägt zur Ausbremsung der Entwicklung bei. Schüler ergreifen jetzt die Initiative, um den Planeten und so auch ihre Zukunft zu schützen. Doch braucht es erst Schüler, die in ganz Europa jeden Freitag demonstrieren, um den Menschen das Problem klar zu machen?

Denn das Problem ist seit über 40 Jahren bekannt und vor allem seit 2009 brandaktuell. Damals gab es die ersten Proteste und Klagen gegen RWE und deren Braunkohleabbau im Hambacher Forst. Seitdem scheint die Klimapolitik eingeschlafen und schien auch nicht zu erwachen. Ein ganzes Jahrzehnt, der Proteste im Hambacher Forst und die Schülerinitiative „Friday's for Future“ braucht es, um ignoranten Politikern und Bürgern die Augen

zu öffnen. 2038, heißt es von der Bundesumweltministern, soll der Braunkohleausstieg vollendet sein. Noch weitere zwei Jahrzehnte und höchstwahrscheinlich mehr Proteste und Initiativen später, dann soll die Klimawende erreicht sein.

Doch warum hat die Entstehung eines so schlaffen Energieplans so lange gedauert? Die Klimapolitik hat ein grundsätzliches Problem. Die Preise für Kohle, Öl und Gas halten sich standhaft auf niedrigem Preisniveau, weil ein Überangebot von fossilen Energieträgern herrscht. Erneuerbare Energien können dort schlichtweg nicht mithalten. Denn die erneuerbaren Energien konnten nie richtig salonfähig werden, durch mangelnde Zuverlässigkeit und fehlenden Innovationen. Denn früher und auch teils heute noch, würde die Energieversorgung komplett zusammenbrechen ohne stabile Energielieferanten wie Braunkohle. Die jährliche

Bilanz der Produktionsmenge von Erneuerbaren Energien ist zwar im vergangenen Jahr auf 35 Prozent gestiegen, doch dies sagt lange nichts über die eigentliche Verlässlichkeit aus. Aus diesem Grund braucht man eine Art „Backup“, wenn Windräder und Solaranlagen ausfallen.

Um diese noch viel zu oft vorkommenden Fehler zu beheben, muss also was für die innovative Technik getan werden. Mehr Forschung und Anregungen seitens der Bundesregierung muss es geben, damit neue Entwicklungen und auch Patente entstehen können. Dies würde gleichzeitig auch einen nützlichen Beitrag zur deutschen Wirtschaft leisten, da die Investitionen und die Effizienz gesteigert werden. Wenn also die Erneuerbaren Energien gesichert und sicherer werden, könnte sogar das Ziel der Bundesregierung von einem Anteil von 65 Prozent, an der Stromerzeugung bis 2030 erreicht

werden.

Die Anreize für die Förderungen von Innovationen für die Erneuerbaren Energien sind der Bundesregierung garantiert gegeben. Bemerkbar macht sich dies vor allem an Bürgerinitiativen und Protesten wie „Friday's for Future“. Menschen interessieren sich für die Zukunft des Planeten und setzen sich für ihn ein. Dazu muss auch die Politik, aber vor allem auch die Wirtschaft aktiv werden und ihren Beitrag dazu leisten.

Von Julia Spies

Unsere Redaktion

Unser Team aus Redakteuren*innen hat nicht nur die Texte für den SIMEP-XPRESS geschrieben, sondern betreut auch die Instagramkanäle des SIMEP-XPRESS (@simepxpress) und der JEB BB (jeb_bb) und twitter auch für euch. Zudem schreiben wir einen Blog und nehmen einen Podcast auf. Und das sind wir:



©Christine Mitru

von link nach rechts, oben nach unten: Lena B., Noah D., Ann Marie F., Helene K., Sam F., Julia K., Nhi Nhi M., Sarah D., Mailin C. & Julia S.

Gefördert durch:



europamachen.eu



Europäisches Parlament

Die Simulation Europäisches Parlament (SIMEP) wurde im Rahmen des Projektes "Europa Machen" von der Europäischen Union im Rahmen eines Förderprogramms für Kommunikation des Europäischen Parlaments kofinanziert. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Kreuzberger Kinderstiftung, der Dachstiftung für individuelles Schenken GLS Treuhand e.V. und der Europa-Union Deutschland e.V.

diesmalwaehleich.eu

Die Fraktionen der SIMEP

Die KVLE/NGL:

FRAKTION IN 3 WORTEN: umweltbewusst, kommunistisch, sozial

ZIELE FÜR EU27: keine weiteren Austritte aus der EU, soziale und ökologische Faktoren

ZIELE FÜR UMWELTSCHUTZ: Atom- und Kohleausstieg, Förderung der ökologischen Landwirtschaft



Alina Schäfer, Italien & Melina Foret, Frankreich

Die S&D:

FRAKTION IN 3 WORTEN: sozial, demokratisch, solidarisch

ZIELE FÜR EU27: Erhaltung von Arbeitsplätzen, trotz des Brexit, Erhaltung einer demokratische Basis

ZIELE FÜR UMWELTSCHUTZ: Emissionen verringern, Subventionierung von Ländern, die unter Folgen von Umweltproblemen leiden



Nele Eichert, Kroatien & Fleming Baumgart, Portugal

Die Grüne/EFA:

FRAKTION IN 3 WORTEN: grün, ökologisch, gerecht

ZIELE FÜR EU27: Rechtsschutz von Minderheiten, geeintes Europa, das sozial, gerecht und gleich ist, Ausweitung der Handlungsfähigkeit der EU

ZIELE FÜR UMWELTSCHUTZ: Kohleausstieg bis 2030, bis 2050 Umstieg auf erneuerbare Energien, Ausstieg aus der Atomenergie, Verbot von Glyphosat, Ausbau des Schienennetzes



Judy Schubert, Lettland

Die ALDE:

FRAKTION IN 3 WORTEN: Bürger*innenorientiert, liberal, zukunftsweisend

ZIELE FÜR EU27: keine Steuererhöhungen, Schaffung eines gleichberechtigten Arbeitsmarktes

ZIELE FÜR UMWELTSCHUTZ: finanzielle Unterstützung der Bauern, Förderung der erneuerbaren Energien



Lena Kögler, Estland

Die EVP:

FRAKTION IN 3 WORTEN: konservativ, demokratisch, fortschrittlich

ZIELE FÜR EU27: Gewährleistung der inneren Sicherheit, Bestehung des Respekts für Bürger innerhalb und außerhalb der EU und gegenüber Minderheiten, Religion, Kultur und Sprache, starke Wirtschaft

ZIELE FÜR UMWELTSCHUTZ: Findung eines perfekten Mittelweges zwischen „den übereifrigen Zielen der Linken und der Null-Bock Stimmung der rechten Parteien“, Strukturen für den Kohleausstieg, Forschung von erneuerbaren und umweltschonenden Technologien



Helene Ehlers, Dänemark & Nils Terstrup, Italien

Die EKR:

FRAKTION IN 3 WORTEN: konservativ, zielsicher, umweltbewusst

ZIELE FÜR EU27: Abstimmung und Einführung eines möglichen Plan C zur wirtschaftlichen Stabilität und Aufrechterhaltung der Grenzen zu den Nachbarländern, keine komplette Abschottung zu Europa

ZIELE FÜR UMWELTSCHUTZ: Ausbaung des öffentlichen Nahverkehrs, Subventionierung der Radwege und des Radverkehrs



Tim Schuster, Vereinigtes Königreich

Die EFDD:

FRAKTION IN 3 WORTEN: fair, realistisch, wertetreu

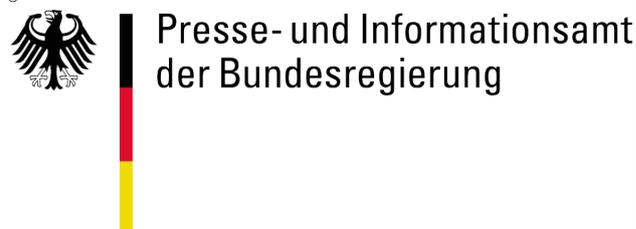
ZIELE FÜR EU27: mehr direkte Demokratie, Aufhören der Diktatur von Brüssel und der Flüchtlingsströme

ZIELE FÜR UMWELTSCHUTZ: kein radikaler Austritt aus Umweltabkommen zur Erhaltung der Arbeitsplätze



Jason Finnegan, Italien

Aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages gefördert durch:



Unterstützt durch:



Gefördert durch:

